

Dialog Handwerk

Verleihung des Europäischen Handwerkspreises
an Professor Dr. Dr. Udo Di Fabio, Richter des
Bundesverfassungsgericht a. D.,
am 18. November 2016 in Köln

Schriftenreihe:
Dialog Handwerk 2 | 2016

Herausgeber:
Handwerk NRW e. V.

Verantwortlich:
Josef Zipfel

Manuskript und Gestaltung:
Jessica Handke

Fotos:
Wilfried Meyer

ISSN: 0178-7012



Verleihung des
Europäischen Handwerkspreises 2016
an Professor Dr. Dr. Udo Di Fabio,
Richter des Bundesverfassungsgerichts a. D.,
am 18. November 2016 in Köln

Programm

Musikalischer Auftakt

Joseph Kosma: Autumn Leaves

Henriette Reker, Oberbürgermeisterin der Stadt Köln

Hans Peter Wollseifer, Präsident des Zentralverbands des Deutschen Handwerks
und der Handwerkskammer zu Köln

Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk
des Landes Nordrhein-Westfalen

Musikalisches Intermezzo

Baden Powell/Vinicius De Moraes: Samba Em Preludio

Laudatio

Andreas Ehlert, Präsident des Nordrhein-Westfälischen Handwerkstages

Verleihung des Europäischen Handwerkspreises

Ansprache des Preisträgers

Professor Dr. Dr. Udo Di Fabio, Richter des Bundesverfassungsgerichts a. D.

Musikalischer Abschluss

Jerome Kern: All the Things You Are

Musikalisches Rahmenprogramm

The Dudes Quartett, Rheinische Musikschule der Stadt Köln

Zum Geleit

Mit Professor Dr. Dr. Udo Di Fabio, Bundesverfassungsrichter a. D., konnte das nordrhein-westfälische Handwerk eine Stimme der Vernunft mit dem Europäischen Handwerkspreis auszeichnen, die heute, in der durch Unsicherheit, Krise und Orientierungslosigkeit gezeichneten Welt, wichtiger sind denn je.

Zum Zeitpunkt der Verleihung des Preises war der Brexit beschlossen und der neue amerikanische Präsident gewählt. Trotz alledem war (und ist) die deutsche und darüber hinaus die europäische Diskussion über die Konsequenzen von einer gewissen Überheblichkeit, verbunden mit dem Festhalten an dem Glauben an einen Automatismus, nachdem aus jeder Krise gewissermaßen von selbst Lösungen erzeugt werden, geprägt. Professor Di Fabio beschönigt nichts, analysiert tiefgründig und benennt Ursachen. Er spricht vom „sozialtechnischen Tunnelblick einer erstarrten Aufklärungsgeste“, die „mit abstrakten Werten die Welt vermisst und normiert“ und dabei die Voraussetzungen, auf denen der Westen basiert, vergisst.

Professor Di Fabio hat immer das Gespräch mit uns gesucht. Er schätzt die Alltagserfahrung des Handwerks.

Wir schätzen seine Offenheit und Klarheit. „Man muss Hinhören und Hinschauen, was vor Ort geschieht, und darf hier nicht immer nur Widerstände und Traditionen sehen, die es zu brechen gilt“, so Professor Di Fabio und damit spricht er uns aus dem Herzen.

Andreas Ehlert
Präsident

Josef Zipfel
Hauptgeschäftsführer

Düsseldorf, im März 2017

Begrüßung

Henriette Reker
Oberbürgermeisterin der Stadt Köln

Sehr geehrter Herr Professor Di Fabio,
sehr geehrter Herr Minister Duin,
sehr geehrter Herr Ehlert,
sehr geehrter Herr Wollseifer,
sehr geehrter Herr Hering,
sehr geehrter Herr Hesse,
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der
Handwerkerschaft in Nordrhein-Westfalen,
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter aus
Politik und Verwaltung,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich begrüße Sie sehr herzlich zur Verleihung des
Europäischen Handwerkspreises 2016 an Herrn
Prof. Dr. Dr. Di Fabio.

Sehr geehrter Herr Prof. Di Fabio,
ich finde es gut, dass die Jury des Nordrhein-
Westfälischen Handwerkstages sich in diesem
Jahr für Sie als Preisträger entschieden hat. Ich
gratuliere Ihnen hierzu sehr herzlich!

Der Europäische Handwerkspreis als die höchste
Auszeichnung des Handwerks in NRW wird alle
zwei Jahre an Persönlichkeiten des internationa-
len öffentlichen Lebens verliehen, die sich in be-
sonderer Weise um das Handwerk und den Mit-
telstand verdient gemacht haben. Der Preis wird
in diesem Jahr zum 18. Mal vergeben.

Zum dritten Mal hintereinander ist die Stadt
Köln Kooperationspartner und Ausrichter der
Preisverleihung. Im Jahr 2014 wurde hier Karl
Kardinal Lehmann geehrt, 2012 war es Professor
Dr. Roman Herzog.

Das Thema Europa liegt Ihnen, sehr geehrter
Herr Prof. Di Fabio, sehr am Herzen. Sie lassen
die Gesellschaft an Ihren Gedanken teilhaben
und fordern sie durch Ihre provokanten Thesen
und Schlussfolgerungen heraus.

Erst Anfang dieser Woche haben Sie im Rah-
men eines Gastvortrages an der RWTH Aachen
anhand von pointierten Fragen die großen poli-
tischen Umwälzungen unserer Zeit in den Blick

genommen: die Wahl von Donald Trump, die
aktuellen Entwicklungen in der Türkei und die
anstehenden Wahlen in Frankreich und unseres
Bundestages im nächsten Jahr. Und Sie riefen
dazu auf, sich für Demokratie, Menschenrechte
und freie Marktwirtschaft stark zu machen.

Auch und gerade die Kommunen sind von den
politischen und gesellschaftlichen Entwicklun-
gen in Europa abhängig.

Europapolitik ist längst auch Kommunalpolitik,
die EU längst Teil der Innenpolitik. Ein Großteil
der europäischen Gesetzgebung wird auf kom-
munaler Ebene umgesetzt und berührt nahezu
alle kommunalen Politikbereiche. Auch Köln
muss sich zunehmend einem globalen Wett-
bewerb stellen – mit anderen Metropolen und
Regionen. Der europäische Binnenmarkt, die
Erweiterung der EU und die Globalisierung wer-
den diesen Wettbewerb weiter verschärfen. Eine
eigenständige europäische Städtepolitik sowie
eine pro-aktive kommunale Europaarbeit sind
Kehrseiten einer Medaille.

Die Kommunen setzen nicht nur europäisches
Recht um, sondern müssen und werden sich
auch an den zukünftigen politischen Entwicklun-
gen beteiligen.

So habe ich zum Beispiel Anfang diesen Monats
mit Vertreterinnen und Vertretern der Europäi-
schen Union hier im Rathaus darüber diskutiert,
wie das gehen kann.

Ein anderes Instrument dieser Beteiligung sind
unsere Städtepartnerschaften. Von unseren 22
Partnerstädten liegen 12 in Europa. Sie dienen
dem gegenseitigen Kennenlernen, sie bauen Vor-
urteile ab, und sie sind eine kulturelle und wirt-
schaftliche Bereicherung.

Für die stabile Entwicklung der lokalen Wirt-
schaft und damit auch unseres Handwerks sind
verlässliche politische Rahmenbedingungen eine
gute Grundlage.

Als Oberbürgermeisterin der Stadt Köln und
auch persönlich fühle ich mich unserem Hand-
werk sehr verbunden. Ich weiß um seine Bedeu-
tung für unseren Wirtschaftsstandort, und ich
sage auch immer: Das Handwerk ist ja treu – die
bleiben hier, die können nicht ihren Geschäfts-

sitz so schnell verlegen. Allein im letzten Jahr betrug dessen Umsatz 7 Milliarden Euro.

Damit spielt das Kölner Handwerk für die Kölner Wirtschaft, den Arbeitsmarkt und den Ausbildungsmarkt eine wichtige Rolle. Ich werde mich dafür einsetzen, dass Sie auch zukünftig hier in Köln Bedingungen vorfinden, die die wirtschaftliche Entwicklung unseres Handwerks unterstützen – insbesondere vor dem Hintergrund, dass aktuell unsere Demokratie wieder in einer Bewährungsprobe ist.

Angesichts der Zunahme von aggressiver Fremdenfeindlichkeit ist es notwendig, unsere Initiativen gegen rechtsextreme und fundamentalistische Ideologien zu verstärken. Wir werden unsere Demokratie aktiv zu verteidigen wissen.

Wir alle sollten viel mehr mit denen reden, die Ängste haben, bevor sie den Verführern und Populisten auf den Leim gehen. Das heißt, wir müssen den Dialog suchen, und wir sind aufgerufen, neue Ansätze zu finden und überzeugende Gegenpositionen zu entwerfen – so wie Sie, sehr geehrter Herr Prof. Di Fabio, das tun.

Ich danke Ihnen, dass Sie immer wieder mit Diskussionen und wichtigen Denkanstößen dafür Sorge tragen, dass wir uns in geopolitischen Entwicklungen positionieren und unseren Blick dafür nicht verlieren, wie zerbrechlich unsere Demokratie und damit auch unser Wirtschaftsgefüge ist. Nicht nur Europa ist auf Menschen wie Sie angewiesen, unsere Kommunen sind dies ebenso!



Grußwort

Hans Peter Wollseifer
Präsident des Zentralverbands des
Deutschen Handwerks und der
Handwerkskammer zu Köln

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
sehr geehrter Herr Minister,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

für die Stadt Köln hat uns Frau Oberbürgermeisterin Reker zu dieser Feierstunde willkommen geheißen, für das Handwerk darf ich Sie hier im Hansasaal recht herzlich zur Verleihung des Europäischen Handwerkspreises begrüßen. Die nordrhein-westfälischen Handwerksorganisationen haben vor fast 25 Jahren erstmals diesen Preis verliehen; erster Preisträger war der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl. Ich freue mich sehr, dass der Nordrhein-Westfälische Handwerkstag die Tradition dieser Preisverleihung fortführt: Was ist der Sinn und Zweck? Wir wollen bedeutende Persönlichkeiten, die sich für Deutschland und für Europa verdient gemacht haben, auszeichnen und sie in den Dialog zwischen Handwerk und Politik einbinden. Damit machen wir deutlich, dass wir uns der gesellschaftspolitischen Verantwortung des Handwerks stellen.

Wenn wir uns als bedeutender mittelständischer Wirtschaftsfaktor zu Wort melden, dann geht es uns um mehr als nur um Bruttosozialprodukt, Bilanzsumme oder Umsatzrendite. Wer ausschließlich in ökonomischen Kategorien denkt, wird den Menschen nicht gerecht. Denn gerade heute, in Zeiten weltweiter Veränderungen und Verwerfungen, sehnen sich viele in Europa nach politischer und wirtschaftlicher Stabilität.

Umso mehr sind staatliche Institutionen gefragt, die sich als vertrauenswürdig und integer erweisen, denen wir es zutrauen, auch in stürmischen Zeiten Kurs zu halten. Nebenbei gesagt, parteipolitisches Gezänke ist da fehl am Platz, das schafft kein Vertrauen, das schafft eher Verunsicherung. Dass die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten ein hohes Vertrauen in den Rechtsstaat entwickelt haben, ist in ganz besonderer Weise auch ein Verdienst des Bundesverfassungsgerichts. Es ist daher sehr angemessen, mit der heutigen Preisverleihung an den ehemaligen Bundesverfassungsrichter Professor Dr. Udo Di Fabio zugleich die Arbeit des Bundesverfassungsgerichts zu würdigen.

Zu Herrn Di Fabios Geschäftsbereich gehörte auch das Europarecht, das zunehmend an Bedeutung für immer mehr Rechtsgebiete gewinnt. Nach meiner Überzeugung ist es eine der ganz großen Herausforderungen der kommenden Jahre, das Renommee und die Vertrauenswürdigkeit der europäischen Institutionen zu stärken. Wir sollten die europaskeptischen Stimmen zwar ernst nehmen, uns aber von aktuellen Entwicklungen auch nicht in Panik versetzen lassen. Denn der Prozess der europäischen Einigung ist – so denke ich – eine großartige Erfolgsgeschich-

te und auf das bisher Erreichte dürfen wir auch etwas stolz sein.

Zu Europa gibt es keine Alternative. Europa ist nicht das Problem – Europa ist die Lösung! Der Nationalstaat kann im Alleingang die globalen Herausforderungen nicht bewältigen, ob das der Umwelt- und Klimaschutz oder die von weltweiten Krisen ausgelösten Flüchtlingsströme oder der Schutz vor dem Terrorismus oder die Gewährleistung äußerer Sicherheit sind. Wie wollen wir die europäischen Verträge weiter entwickeln, welche zusätzlichen Kompetenzen braucht das Europäische Parlament, um als die von den Bürgern direkt gewählte Vertretung für breite Akzeptanz europapolitischer Entscheidungen zu sorgen? Wie kann dem Subsidiaritätsprinzip Geltung verschafft werden? Oder auch, wie bekommen wir eine bessere europäische Rechtsetzung? Auf diese und ähnliche Fragen erhoffen wir uns Antworten, das können Politiker und Staatsmänner nicht alleine schaffen, hier sind ebenfalls Intellektuelle und Rechtsgelehrte gefordert.

Sehr geehrter Herr Professor di Fabio, zu der hohen Auszeichnung, die der Nordrhein-Westfälische Handwerkstag für Sie vorgesehen hat, gratuliere ich Ihnen jetzt bereits sehr herzlich. Für Ihre Bereitschaft, diesen Europäischen Handwerkspreis entgegen zu nehmen – auch persönlich entgegenzunehmen, das ist ja in Zeiten der Nobelpreisverweigerung heute gar nicht mehr so selbstverständlich – und danach mit Ihrer Rede unsere heutige Feierstunde abzuschließen, danke ich Ihnen nachdrücklich. Im Kreis des nordrhein-westfälischen Handwerks heiße ich Sie alle, meine Damen und Herren, jetzt nochmals herzlich willkommen in unserer schönen Domstadt. Vielen Dank!

Grußwort

**Garrelt Duin,
Minister für Wirtschaft, Energie,
Industrie, Mittelstand und Handwerk
des Landes Nordrhein-Westfalen**

Sehr geehrter Professor Di Fabio, sehr geehrte Frau Di Fabio, sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, sehr geehrte Präsidenten Wollseifer, Ehlert und die vielen anderen, die ich schon gesehen habe und gar nicht alle namentlich mehr erwähnen kann, sehr geehrte Abgeordnete, Landräte und Bürgermeister!

Sehr geehrter Herr Professor Di Fabio, Ihr Lebenslauf, Ihre ungewöhnliche, außergewöhnliche Karriere ist aller Anlass für den heutigen Tag, Ihnen diesen Preis zu verleihen. Mit Ihrem Buch „Kultur der Freiheit“ machen Sie deutlich, dass Werte uns nicht abschließend aus irgendeiner Quelle zufließen, sondern von den Kulturen der jeweiligen Länder und Regionen abhängen. Sie schreiben, dass wir ein „kulturelles Deutungsschema der Welt“ haben.

Man kann bestimmte Werte hier hoch schätzen, aber für Menschen in anderen Kulturkreisen mögen sie völlig fremd sein. Unsere so genannten „westlichen Werte“ finden sich zwar in der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ der Uno, aber wie weit kann diese in unserer multikulturellen globalen Welt überhaupt noch „Norm“ sein?

Wir kommen immer mehr in die Lage, dass wir die geistigen Grundlagen unserer Gesellschaft nicht mehr einfach nur als universell geltend erwarten dürfen, sondern sie auch in ihrer Sinnhaftigkeit begründen müssen – immer wieder aufs Neue. Die Bewahrung von Werten hängt damit vom Beleg ihrer Sinnhaftigkeit ab.

Wir müssen somit unser Gespür für interkulturell empfundene Grundlagen des menschlichen Miteinanders schärfen. Wenn wir diese identifizieren und im Bewusstsein der Menschen durch intensiven Dialog, wie die Oberbürgermeisterin es gerade gesagt hat, fester verankern können, dann, davon bin ich auch überzeugt, dann stärken wir unser Gemeinwesen.



Eine sehr interkulturelle Konstante ist, dass Menschen Respekt empfinden: Respekt führt zur Achtung des begründeten Denkens anderer, ist somit eine Grundlage der Demokratie. Respekt vor der Kultur anderer Menschen fördert ein tolerantes Klima in modernen und oft multikulturellen Gesellschaften. Respekt, auch und gerade im Handwerk, vor der erbrachten Leistung – ob beruflich oder im Ehrenamt – ist für den Einzelnen Lohn und auch wiederum Ansporn für seinen Einsatz.

Deshalb fügt es sich ganz wunderbar, dass diese Preisverleihung heute stattfindet am Ende einer „Woche des Respekts“, die wir als Landesregierung ausgerufen haben, um damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern. Mit Blick auf die Ereignisse diesseits und jenseits des Atlantiks sicherlich nochmal von besonderer Bedeutung. Aber als jedes Mitglied der Landesregierung herausgefordert war, eine Begegnung zu organisieren in dieser „Woche des Respekts“, war es vermutlich – bei mir jedenfalls – kein Zufall, dass ich einen Handwerksbetrieb besucht habe, um dort mit einem Ausbilder zu sprechen und dem Auszubildenden, der aus Bangladesch kam in dem Fall, also auch einer der Menschen, die geflüchtet sind, und diesen Respekt auszudrücken, ist, glaube ich, etwas sehr, sehr Wichtiges.

Für manche Zeitgenossen mag das etwas antiquiert klingen. Aber gerade deshalb ist diese Woche so wichtig gewesen. Sie macht deutlich, dass Respekt auch hier und heute eine Grundlage für

ein stabiles Miteinander ist.

Es passt wie gesagt wunderbar, dass das nordrhein-westfälische Handwerk in dieser Woche den europäischen Handwerkspreis an Sie verleiht, sehr geehrter Professor. Sie sind ein Denker, der den Wert traditioneller Werte wie Familie, Gemeinsinn und Leistungsbereitschaft hervorhebt. Wenn wir in diesen Werten leben, bleibt die freiheitliche Gesellschaft lebendig.

Ich glaube es gibt zwei ganz kurze Argumente, warum das auch so viel Bezug zum Handwerk hat: Zum einen ist das Handwerk besonders berufen, Sie zu ehren. Denn Sie stellen sich die Frage, wie aus der Perspektive bewährter Leitvorstellungen die Zukunft unserer Gesellschaft gestaltet werden kann.

Das Handwerk lebt in der Tradition der Familienunternehmen, die Verantwortung übernehmen für Ausbildung, Beschäftigung und das gesellschaftliche Miteinander in den Dörfern, Städten und Regionen. Das identitätsstiftende Bild des Meisters hält an einem Berufsethos fest, das vor dem Hintergrund einer gewachsenen Tradition offen dafür ist, die Aufgaben der Zukunft anzupacken.

Zum anderen sind Sie, sehr geehrter Professor, ein herausragender Wissenschaftler, der sich im Sinne des europäischen Handwerkspreises um das freiheitliche Denken in Deutschland und Europa verdient macht. Sie sind ein Wegweiser und davon braucht unser Land möglichst viele. Ich bin sicher, wir werden Sie noch in so manch wichtiger Rolle sehen. Sie dürfen versichert sein, das nordrhein-westfälische Handwerk – das hat Herr Präsident Wollseifer schon zum Ausdruck gebracht –, aber auch ich, wir werden Ihre Beiträge zur Fortentwicklung unserer freiheitlichen Gesellschaft weiterhin zu schätzen wissen. Und das vor allen Dingen, weil Sie zwar durchaus in der Lage sind mit Ihren Argumenten, mit Ihren Thesen Emotionen auszulösen, Sie aber nicht den von manchen gerade so gern gewählten postfaktischen Weg dabei einschlagen, sondern auf der Grundlage harter Argumente diese Emotionen in der Lage sind auszulösen.

Herzlichen Glückwunsch und vielen Dank, dass Sie heute hier sind!

Laudatio

Andreas Ehlert

**Präsident des Nordrhein-Westfälischen
Handwerkstags und der Handwerks-
kammer Düsseldorf**

Alle Achtung, das war richtig gut, das war Gänsehaut! Ich habe eben in der ersten Reihe gehört: „Die sind so gut, besser geht es nicht!“ „The Du-des Quartett“ der Rheinischen Musikschule der Stadt Köln. Ich bin total begeistert, und ich freue mich, dass wir später noch ein Stück mehr von Euch hören werden, und ich bin sicher, das sehen alle hier im Saal genauso. Ganz toll, Klasse!

Sehr verehrter Professor Di Fabio,
sehr geehrte Damen und Herren,

nur, um einmal direkt zu Beginn, liebe Frau Reker, die besondere Beziehung eines Düsseldorfers zu dieser Stadt Köln herauszustellen: Fast genau auf den Tag zwölf Monate ist es her, da hat unsere Tochter hier in diesem Haus geheiratet. So viel zur Bindung von Düsseldorf und Köln.

Nun aber zu Ihnen, lieber Herr Professor Di Fabio! Wir haben ja in den Grußworten von verschiedenster Seite schon Verschiedenes gehört – über die besondere Bedeutung dieses historischen Ortes, über das Handwerk, über Europa – und nicht zuletzt über das, was Sie betrifft, was Sie geschrieben, was Sie gesagt haben, Herr Di Fabio.

Sie sind im nordrhein-westfälischen Handwerk alles andere als ein Unbekannter. Wir im nordrhein-westfälischem Handwerk verfolgen schon lange Ihre öffentlichen Stellungnahmen mit ganz großem Interesse. In den letzten Jahren ist ein – ich glaube, das darf ich sagen – enger Kontakt zu Ihnen entstanden, den ich persönlich außerordentlich schätze und der mich außerordentlich bereichert.

Und Ihre eigene Aufgeschlossenheit gegenüber dem Handwerk hat vielleicht auch ein wenig damit zu tun, dass Sie per se ein Mensch mit hoher Technikaffinität sind. Sie sind ein passionierter Motorradfahrer, und ich habe einmal irgendwo

gehört, Sie hätten ein ganz besonderes Verhältnis zum Zweiradmechaniker-Handwerk, da schlummert vielleicht Ihre wirkliche Leidenschaft.

Lassen Sie mich daraus eine erste Beobachtung über den Juristen Di Fabio ableiten. Wenn man das Verzeichnis seiner Schriften studiert, fällt schon in den jungen Jahren um 1990 ein Leitmotiv auf: die hohe Neugier für alle Fragen des technischen Wandels und für die Konsequenzen, die dieser technische Wandel für das Recht hat.

Technikfolgenabschätzung, Risikoentscheidungen und Gefahrenabwehr im Rechtsstaat, am Beispiel des Atomrechts, des Immissionsrechts oder des Arzneimittelrechts, all das sind Themen, mit denen Sie schon in jungen Jahren juristisches Profil gewonnen haben.

Besonders in der jüngsten Zeit haben Sie hochspannende Fragen aufgegriffen, die auch uns im Handwerk berühren: etwa die Frage, welche Geltung Grundrechte in digitalen Systemen haben, oder die Frage der ethischen Konsequenzen, die sich aus dem autonomen Fahren ergeben.

Darüber hinaus haben Sie ein ausgeprägtes Sensorium für alle Fragen des gesellschaftlichen Wandels. Hier schlägt sich nieder, dass Sie nicht nur Jurist, sondern eben auch Soziologe sind. Dem einen oder anderen wird das sicherlich bekannt sein: Sie sind durch die Schule von Niklas Luhmann in Bielefeld gegangen.

Die Ambivalenz und Vielfalt gesellschaftlicher Realität sowie auch die Tücken des Zusammenwirkens verschiedener sozialer Teilsysteme, die bekanntlich ihr jeweiliges Eigenleben führen, sind Ihnen deshalb sehr präsent und prägen Ihr juristisches Denken. Kurz und laienhaft gesagt: Sie betreiben die Rechtswissenschaft als praktische Wissenschaft, die auf die Lösung ganz konkreter Probleme in der Wirklichkeit bezogen ist.

Sie haben einen ausgeprägten Wirklichkeitssinn und interessieren sich im Kern darum, wie das Recht in eine Welt des technischen und sozialen Wandels hineinwirkt und wie dieser umgekehrt auf das Recht zurückwirkt. Sie, sehr verehrter Herr Professor Di Fabio, betreiben Rechtswissenschaft mit Bodenhaftung!

Innerhalb Ihrer juristischen Arbeit kommt etwas

zum Ausdruck, was man als besondere Erscheinungsform des Konservativen deuten kann. Dem Konservativen als Typus wird ja oft vorgeworfen, er sei im Grunde auf der Flucht aus der Gegenwart und suche – mit dem Monokel im verkniffenen Gesicht – seine Utopie und Hoffnung in der Vergangenheit.

Das mag für einen Teil der Konservativen auch zutreffen. – Aber Sie ticken ganz anders: Sie stehen mit beiden Beinen in der Gegenwart. Sie lamentieren nicht über Niedergang und Krise, sondern Sie sprühen vor Lebenslust und Lebensfreude. Sie sind im Grunde ein Optimist, der auf die kommenden Dinge neugierig ist und der sie mitgestalten will.

Das Konservative kommt bei Ihnen in anderer Hinsicht zum Ausdruck. Sie sind ein leidenschaftlicher Anhänger einer freien und offenen Gesellschaft, die sich ihre Lernfähigkeit und Kreativität bewahrt. Ihr Plädoyer lautet: Eine solche freie und offene Gesellschaft ist eben keine Selbstverständlichkeit! Sondern sie lebt von bestimmten Voraussetzungen.

Ich entdecke bei Ihnen sehr viel „Wilhelm Röpke“, wenn Sie die Voraussetzungen dieser freiheitlichen und offenen Gesellschaft umschreiben.

Eine freie und offene Gesellschaft lebt davon, dass sich die Menschen der Werte bewusst sind, auf denen diese Gesellschaft beruht. Es gibt moralische Voraussetzungen, die die Menschen mitbringen müssen, damit Institutionen, wie zum Beispiel der Markt oder auch der Rechtsstaat, funktionieren.

Es macht eben einen Unterschied für die Marktwirtschaft, ob die Menschen Werte wie Gerechtigkeit, Fairness und Anstand mitbringen oder eben nicht.

Freiheit lässt sich nicht alleine mit rechtlichen Normen erzwingen. Rechtliche Normen sind zwar notwendig, aber alleine reichen sie nicht aus. Freiheit als Lebensform hat moralische und Freiheit hat auch kulturelle Voraussetzungen – für die man immer wieder werben muss!

Ihr großes Buch über die „Kultur der Freiheit“ handelt auf ganz eindrucksvolle Weise von diesen elementaren Zusammenhängen. Sie haben



eine Leidenschaft für die Freiheit, die uns im Handwerk sehr sympathisch ist. Minister Duin hat eben darauf hingewiesen.

Was weiter auffällt und was zu Ihrem konservativ-liberalen Profil dazugehört, ist der Hinweis auf den notwendigen Zusammenhang von Freiheit und Bindung.

Sie erläutern das gerne, und wie ich finde, sehr überzeugend, am Beispiel der Ehe. Man gibt in der Ehe Freiheit auf, weil man freiwillig eine Bindung eingeht – und genau daraus gewinnt man gemeinsam ungeheuer viel.

Wie man sich das im Hause Di Fabio ganz konkret vorstellen muss, das haben Sie mal an einer anderen Stelle offenbart: „Eine selbstbewusste Frau mit Richtlinienkompetenz und ein Mann, der jede freie Minute in der Familie genießt.“

Der Punkt dahinter ist natürlich ein ganz fundamentaler: Freiheit lässt sich nicht verstehen und verwirklichen ohne den Kontext, in dem der Mensch als auf Gemeinschaft angewiesenes Wesen steht. Freiheit braucht auch Begrenzung, Freiheit braucht Bindung, und Freiheit braucht Verantwortung.

Und das, was Sie dann so ganz überzeugend und für uns alle verständlich am Beispiel der Ehe darstellen, das gilt natürlich auch für die Freiheit eines Unternehmers: die Bindung der unternehmerischen Entscheidung an das Eigentum.

Das gilt erst recht dort, wo wir von traditionellen Familienunternehmen sprechen. Wo das Eigentum von Generation zu Generation weitergereicht wird.

Wo diese Bindung fehlt, also in managergeführten Unternehmen, ist die Gefahr eines Missbrauchs unternehmerischer Freiheit ungleich größer als in eigentümergeführten Unternehmen. In Letzteren trägt der Inhaber die volle persönliche Haftung für seine Entscheidungen. Das ist die Disziplin einer Freiheit in Verantwortung.

Das ist das Credo des Handwerks, und da wissen wir Sie an unserer Seite, sehr verehrter Professor Di Fabio. Auch in der jüngsten Debatte, als es um die Erbschaftsteuer ging, haben Sie sich sehr dezidiert für die Anliegen von Familienunternehmen stark gemacht.

Am Beispiel gerade dieser Debatte wurde wieder einmal sehr deutlich, dass und in welchem Maße Sie ein überzeugter Anhänger der Sozialen Marktwirtschaft sind – und das sehr präzise in dem Sinne, wie Ludwig Erhard selbst soziale Marktwirtschaft verstanden hat:

Soziale Marktwirtschaft eben nicht als beliebige Kreuzung aus Kapitalismus und Sozialismus, sondern als eine Ordnung, in der die Freiheit weit über das Ökonomische hinaus Leitbild und Maßstab darstellt. Sie ist ein Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell, das in jeder Hinsicht auf die Selbstbestimmung und Selbstverantwortung der Menschen setzt.

Das Soziale an dieser Ordnung ist nicht eine Bevormundung und Gängelung. Sondern das ist der Anspruch, den Menschen zu helfen, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen. Das genau war das Credo Ludwig Erhards, das ist das Credo auch des Handwerks, und das ist ebenso, sehr verehrter Professor Di Fabio, Ihr Credo!

Diese Wirtschafts- und Sozialordnung, für die wir in Deutschland den Begriff der Sozialen Marktwirtschaft gefunden haben, steht für einen zentralen Gedanken, der noch sehr viel grundsätzlicher und zeitloser zu verstehen ist. Präsident Wollseifer hat auf den Gedanken hingewiesen: die Subsidiarität! Das Denken vom einzelnen Menschen her und den Bindungen und Gemeinschaften, die er freiwillig eingeht.

Und wir sind Ihnen sehr dankbar dafür, dass Sie diesen Gedanken immer wieder in zeitgemäßer Form präsentieren und problematisieren.

Zum Gedanken der Subsidiarität ließe sich Vieles sagen – in Bezug auf kommunale Selbstverwaltung, Frau Oberbürgermeisterin –, in Bezug auf den deutschen Föderalismus und nicht zuletzt besonders in Bezug auf die europäische Integration.

Sie, sehr verehrter Professor Di Fabio, haben als Verfassungsrichter prägend auf das Verhältnis von europäischer Integration und Nationalstaat gewirkt. Sie sind dabei und auch in Ihren persönlichen Äußerungen zu diesem Thema weder den zentralisierungsfreudigen Berufseuropäern in Brüssel noch den nationalistischen Eiferern gefolgt. Sondern Sie haben hier ganz klar Ihre eigene Linie definiert.

Sie haben dabei immer wieder deutlich gemacht, wie wichtig die Erfolge der europäischen Integration für Frieden, Sicherheit und Wohlstand in Europa waren. Aber Sie haben auch immer wieder klar benannt, welche Gefahren drohen, wenn die Integration eine unkontrollierbare Eigendynamik gewinnt und dabei Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit und der Demokratie in Frage gestellt werden.

Wir sind inzwischen an einem Punkt, in der die Wahrung des Rechts fraglich geworden ist. Das wurde unter anderem deutlich im Verlaufe der nach wie vor nicht gelösten Krise der europäischen Gemeinschaftswährung. Das wurde auch deutlich in der Migrationskrise des vergangenen Jahres, die jederzeit wieder aufbrechen kann.

Die Entscheidung der Briten aus dem vergangenen Sommer hat gezeigt, dass wir die Gefahr eines Auseinanderbrechens der Europäischen Union sehr ernst nehmen müssen. Wenn wir wollen, dass die historischen Erfolge der Integration nicht durch eine überbordende Zentralisierung und Komplexität verspielt werden, dann brauchen wir eine ordnungspolitische Debatte über Reichweite und Grenzen der Integration. Sie, sehr verehrter Herr Di Fabio, leisten zu dieser Debatte besonnene und klare Beiträge, die uns sehr aus dem Herzen sprechen.

Dazu haben Sie uns einen wichtigen Hinweis ge-

geben: Die beste Voraussetzung, einer falschen Integrationspolitik Einhalt zu gebieten, sind starke und funktionsfähige Nationalstaaten.

Die zunächst einmal dafür sorgen, dass sie für sich selbst ihre sozialen Sicherungssysteme in den Griff bekommen. Dass sie sich um eine solide Haushaltspolitik bemühen. Dass sie ihre Wettbewerbsfähigkeit stärken, und dass sie die Verkrustungen des Arbeitsmarktes beseitigen.

Wenn die Nationalstaaten aber Reformen verweigern, begeben sie sich immer tiefer in die Falle einer europäischen Politikverflechtung.

Und das gilt analog auf der Ebene des Nationalstaates. Auch wir in Deutschland haben erst vor wenigen Wochen eine Föderalismusreform angestoßen, die dieser fatalen Denkhaltung folgt: Die Bundesländer haben sich noch weiter in die finanzielle Abhängigkeit des Bundes hineinbegeben und dabei ein Stück weit den Anspruch aufgegeben, aus eigener Kraft politisch zu gestalten.

Gerade von einem so großen Land wie Nordrhein-Westfalen würde ich mir an dieser Stelle mehr politisches Selbstbewusstsein wünschen. Wir sollten eigene Angelegenheiten auch in eigener Verantwortung regeln und Reformen zu mehr Wettbewerbsfähigkeit auf den Weg bringen.

Sie, sehr verehrter Herr Professor Di Fabio, werben deshalb zu Recht für ordnungspolitische Reformen der Europäischen Union. Es geht dabei letztlich um die Frage, wie wettbewerbsfähig Europa im globalen Kontext wird. Europa steckt in einer Krise, weil es im Inneren an Reformwillen und Wettbewerbsfähigkeit verliert. Und Europa steckt in einer Krise, weil es so sehr mit sich selbst beschäftigt ist, dass es nach außen schwach ist.

Es geht aber auch um eine größere „Handlungsmacht nach außen“. Die Krise Europas ist eine Krise des Westens. Sie haben in Ihrem aktuellen Buch die Frage aufgeworfen, ob der Westen schwankt!? Ihre Antwort lautet: Ja, das tut er! Gegenüber autoritären Machthabern wie Putin oder Erdogan steht der Westen schwach da, die kulturelle Kluft zwischen Europa und den USA hat sich in den letzten Jahren spürbar verbreitert. Gerade der vergangene Wahlkampf in den USA hat dies deutlich gemacht.

Es wird in den kommenden Jahren darauf ankommen, sich der gemeinsamen Werte des Westens bewusst zu werden und diese Werte auch in gemeinsamer Verantwortung nach außen zu tragen. Als Kulturraum wirkt der Westen verunsichert und voller Selbstzweifel.

Das sind sehr große und sehr drängende Themen, die Sie, sehr verehrter Herr Di Fabio, in den letzten Jahren so klar angesprochen haben wie kaum jemand sonst. Sie haben völlig Recht, wenn Sie uns auffordern, uns selbst die geistigen Grundlagen des Westens wieder bewusster zu machen.

Aus der Idee der Freiheit müssen die Maßstäbe für die Gestaltung der Wirtschafts- und Sozialordnung, für den internationalen Handel, für den Rechtsstaat und für die innere und äußere Sicherheit erwachsen. Aus dem Modus der Zerrissenheit und des Selbstzweifels muss Europa, muss der Westen, herausfinden. Das ist Ihre Botschaft!

Und damit geben Sie uns Orientierung in ganz besonderer Weise: Nicht als moralischer Athlet oder als politischer Dilettant, wie man das von vielen Literaten kennt, sondern als klarer Kopf, der im Sinne Max Webers von Verantwor-

tungsethik angetrieben wird. Sie setzen dem Populismus, der Ignoranz und moralischen Empörung etwas entgegen, das ungeheuer wichtig ist: Urteilskraft, Klugheit und Vernunft. Dabei haben Sie den Mut, als ein wahrer Intellektueller auch gegen den Strom zu denken.

Das Finale meiner Laudatio, lieber Herr Di Fabio, hat man mir vor ein paar Tagen zu meinem Bedauern zunichte gemacht. Wenn Merkel, Seehofer und Gabriel eine Idee gebraucht hätten, um ihr personalpolitisches Problem zu lösen, wir im Handwerk in Nordrhein-Westfalen hätten dazu einen überzeugenden Vorschlag gehabt. Weil Denn Sie gehören zu den geistigen Vordenkern, die unsere freiheitliche, demokratische Wertordnung stärken und sie verteidigen. Solche Vordenker haben wir heute nötiger denn je. Und deshalb verleihen wir, lieber Herr Di Fabio, Ihnen heute den Europäischen Handwerkspreis.

Sehr verehrter Herr Professor Di Fabio, lieber Preisträger, ich darf Sie nun zu mir nach vorne bitten. Ebenso meine Kollegen Hering, Hund und Wollseifer, die Spitzenrepräsentanten der Selbstverwaltung des Handwerks in Deutschland und Nordrhein-Westfalen.

Ich verlese die Urkunde:

*In Anerkennung seiner wertvollen Beiträge zur Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft
in Selbstbestimmung und Selbstverantwortung
sowie in Würdigung seines herausragenden Eintretens
für ein Europa der Freiheit, Vielfalt und Subsidiarität,*

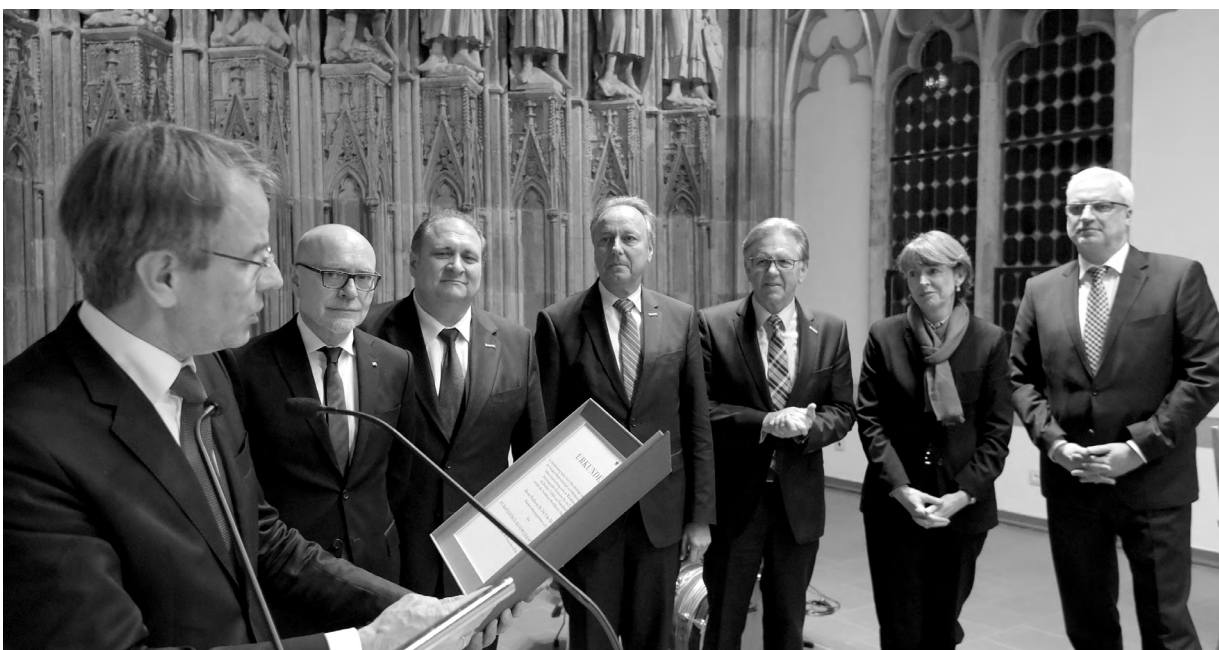
*verleiht das Nordrhein-Westfälische Handwerk
Herrn Professor Dr. Dr. Udo Di Fabio, Bundesverfassungsrichter a. D.,
den Europäischen Handwerkspreis 2016.*

Köln, den 18. November 2016

Unterzeichnet:

*der Präsident des nordrhein-westfälischen Handwerks (NWHT),
der Präsident des Unternehmerverbandes Handwerk NRW (LFH),
der Präsident des westdeutschen Handwerkskammertages (WHKT),
sowie der Präsident des deutschen Handwerks.*

Herzlichen Glückwunsch, Herr Professor die Fabio!



Ansprache des Preisträgers

**Professor Dr. Dr. Udo Di Fabio,
Richter des Bundesverfassungs-
gerichts a. D.**

I. Es gibt einen Abstand zwischen der Welt international vernetzter Universitätsprofessoren und den Alltagserfahrungen von Handwerkern. Sie überbrücken diesen Abstand souverän, wenn Sie einen Professor mit einem Handwerkspreis bedenken. Sehr kunstvolle theoretische Annahmen über die Welt, filigrane statistische Zusammenhänge und elegante Steuerungstheorien sind das eine und die praktische Erfahrung im Umgang mit dem Kunden, die technischen Bedingungen der Herstellung eines Werkes und die bürokratischen Anforderungen einer modernen Gesellschaft sind das andere.

Es sind diese Alltagserfahrungen des Handwerks, die den Horizont bestimmen und doch eingebettet sind in jene andere Welt, die so fern scheint. Die Erfahrungen im zwischenmenschlichen Bereich, auf lokaler Ebene, in der täglichen Bewältigung von Alltagsproblemen geraten manchmal etwas aus dem Blick, wenn sich politische, wissenschaftliche, rechtliche oder makroökonomische Diskussionen immer mehr verselbstständigen und die Kluft zu der Wirklichkeitswahrnehmung der Menschen immer größer wird.

Ich glaube, dass die Distanz von transnationalen Eliten und nationaler oder regionaler Mittelschicht zu einem ernsten Problem westlicher Gesellschaften geworden ist. Mit meinem Buch „Die Kultur der Freiheit“ habe ich im Jahr 2005 versucht, entsprechende Sorgen zu formulieren. Ich freue mich deshalb ganz besonders, dass Ihre großartige und angesehene Auszeichnung dieses Bemühen registriert.

II. Die Wahl Donald Trumps hat Menschen erschüttert. Wie war es nur möglich, mit Wutreden, Unwahrheiten, Ressentiments bis hin zu kaum verschleierte Gewaltaufrufen Präsident der USA zu werden? Die meisten Europäer, vor allem Deutsche hat das Ergebnis beinahe noch

kälter erwischt als die amerikanischen Demokraten oder CNN-Kommentatoren. Ist das nicht ein Brexit Nummer Zwei? Die Aufkündigung der transatlantischen Sicherheits- und Wertegemeinschaft erscheint am Horizont, wenn die Wähler Trumps „USA, USA“ skandierten und nun endlich einmal ihre Interessen hart durchgesetzt sehen wollen. Und dann die bange Sorge vor dem ersten Treffen Trumps mit Putin: Wird das der Beginn einer wunderbaren Männerfreundschaft mit erheblichen geopolitischen Konsequenzen?

Wer nach dem britischen Referendum mit leiser Selbstironie den europäischen Kontinent alleingelassen sah, der konnte dafür in Brüssel oder Berlin noch ein milde überlegenes Lächeln ernten. Aber was wäre Kontinentaleuropa, was wären die baltischen Demokratien oder Polen ohne den mächtigen militärischen Schutzschild der USA? Was wäre, wenn die Freihandelspolitik, die einst 1941 in der Atlantikcharta von Roosevelt und Churchill zu einem der Eckpfeiler westlicher Identität erhoben wurde, zwischen China und den USA neu ausgehandelt würde und Spielräume für nun auch offenen Protektionismus ließe? Was droht dann dem schmalbrüstigen europäischen Wirtschaftswachstum und der deutschen Exportindustrie, wenn nicht nur die EU-Kommission Google oder Apple hart anfasst, sondern der einstige, immer noch bärenstarke Hegemon deutlicher zurückschlägt?

III. Manche Kommentare versuchen, aus der Not eine Tugend zu machen. Jetzt müsse die EU endlich erkennen, wie unentbehrlich starkes Handeln ist: also mehr und entschiedener gemeinsame Außenpolitik, bessere, integrierte Verteidigung, klare Kante in der Handelspolitik. In der EU-Kommission ventiliert man schon die Möglichkeit mit einem europäischen Verteidigungsfonds vielleicht den Nukleus einer europäischen Verteidigung zu schaffen und einigermaßen gewiss eine sektorale Vergemeinschaftung von Staatsschulden, um ein elegantes Herausrechnen aus den Maastrichter Stabilitätskriterien zu bewirken. Andere rufen die deutsche Bundeskanzlerin zur neuen Anführerin der westlichen Wertegemeinschaft aus. Eine(r) muss doch kühl und vernünftig bleiben. Liegt in der Krise nicht immer die Chance auf Einsicht und Veränderung?



Gründe für solche Annahmen von Handlungs-
zwängen und Aufbruchsignalen scheinen auf
der Hand zu liegen. Gerade Deutschland muss
jetzt eine steife Oberlippe zeigen und Kompass
für verunsicherte Partner sein. Die vom popu-
listischen Aufbegehren Amerikas enttäuschten
Europäer zeigen einen nur leise verzweifelten
Enthusiasmus. Doch wo stößt der neue Enthusi-
asmus auf eine unnachgiebige Realität und mit
welchen Risiken ist zu rechnen? Geopolitisch
wird Unsicherheit ausgelöst, weil man nicht
weiß, ob Trump bloß eine graduelle Verände-
rung zu mehr Isolationismus und Handelsbe-
grenzung vornimmt oder ob sogar in ihm – in
der Kapitale der westlichen Vormacht – ein
antiwestliches Moment zur Geltung kommt.
Wenn Trump tatsächlich Gefallen an chinesi-
scher Funktionärslogik, an Russlands Oligarchie
oder an Neo-Osmanismus Erdogans findet,
darf sich das Europa der 27 auch bei lautem
Pfeifen dann doch recht einsam im dunklen
Wald fühlen. Die Eindämmung Putins in der
Ukraine wurde unter dem hier klug zurückge-
nommenen Patronat der Obama-Regierung auf
der diplomatischen Bühne von europäischen

Führungsmächten bei allem Verdruss doch recht
erfolgreich vorgenommen - aber was, wenn
die atlantische Gewährsmacht künftig ausfällt?
Unter den europäischen Demokratien haben
nur die Briten und Franzosen einigermaßen den
von der NATO erwarteten Anteil an ihrer wirt-
schaftlichen Leistungskraft in die militärische
Verteidigung gesteckt. Es geht nicht nur um
mehr Einheit, sondern auch um die Bereitschaft,
finanzielle Mittel in besser integrierte europäi-
sche Streitkräfte zu investieren. Aber wird das
geschehen und wann wäre das? Es sitzt einer
geopolitischen Illusion auf, wer glaubt, dass die
EU minus des Vereinigten Königreichs ohne die
USA bestehen könnte gegen relativ hochgerüste-
te und risikobereite autokratische Flügelmächte,
die eine gewisse Bereitschaft zur Grenzverschie-
bung zeigen.

IV. Die Politik der Weltgesellschaft wird mehr
und mehr volatil. Der naive Glaube, dass die
Kombination von universellen Menschenrech-
ten und globaler Marktwirtschaft gleichsam
naturgesetzlich die „Eine Welt“ hervorbringt,
gefährdet dann seine Verwirklichungschance,

wenn Menschenrechte, Demokratie und offenen Marktwirtschaft für Selbstläufer gehalten oder als Missionsauftrag missverstanden werden, wenn man glaubt man könne das Weltrecht auch ohne funktionsfähige Rechtsstaaten oder gegen deren Stabilitätsinteressen durchsetzen.

Diejenigen, die jetzt über alte weiße Männer mit schlechter Bildung urteilen, die „uns Trump an den Hals gewählt haben“, übersehen etwas. Die Spaltung Amerikas ist nicht nur von starrköpfigen Republikanern des mittleren Westens und evangelikalern Eiferern verursacht worden, sondern auch von jenen Ostküstenintellektuellen, die von teuren Eliteuniversitäten aus politisch korrekte Sprechweisen vorgegeben haben und noch die aller kleinste Mikroaggression ahnden, während mit Trump die Makroaggression zum Präsidenten gewählt wurde. Hillary Clinton stand jedenfalls auch für die Kombination von postmodernen Werten und robusten Finanzinteressen ihrer Spender.

Es ist an der Zeit das gemeinsame Problem des schwankenden Westens zu erkennen und die regionalen, hier die europäischen Besonderheiten zu gewichten. Das gemeinsame Problem des Westens ist der sozialtechnische Tunnelblick einer erstarrten Aufklärungsgeste, der kulturelle Gegenkräfte nie richtig wahrnehmen konnte, wenn er mit abstrakten Werten die Welt vermisst und normiert. Die westlichen Leitwerte schweben nicht voraussetzungslos im sozialen Raum, sondern sie brauchen Kompetenz und Motivation der Bürger und sie brauchen Institutionen, in denen sie wirken, die sie schützen. Das alte Europa ist nicht bevormundend, sondern weise, wenn es erkennt, dass Glaube und Vernunft, Ratio und Leidenschaft keine Gegensätze werden dürfen, sondern ko-evolutionär zusammenbleiben müssen. Große Institutionen wie lebendige Demokratie, handlungsfähiger Rechtsstaat, freie Wissenschaft oder soziale Marktwirtschaft haben wir zu wenig gepflegt, zum Teil einer beginnenden Demontage zugesehen. Es ist ein Kardinalfehler, die konstruktive Spannungslage zwischen universellen Menschenrechten und regionalen Formen politischer Organisation im demokratischen Verfassungsstaat auflösen zu wollen, etwa in dem Staat das Recht der demokratischen Mehrheit abgesprochen werden soll, Migrationsbewegungen zu lenken, über Einwanderung im Einzelfall zu entscheiden. Oder

die Frage von Steuern, Ausgaben, Schulden: Nur stabile politische Gemeinschaften können auf Dauer wirksam über Einnahmen und Ausgaben entscheiden und politische Gestaltungsansprüche durchsetzen.

Sie brauchen dafür die Legitimation durch Wahlen und Abstimmungen in einem kulturellen Verständigungsraum. Die westlichen Kernstaaten müssen klarer als bisher ihre soziokulturellen Grundlagen als Bestandsinteresse einer politischen Gemeinschaft formulieren können, ohne gleich des egoistischen Nationalismus bezichtigt zu werden. Denn wenn wir bei aller Gemeinsamkeit im EU-Alltag nicht bereit sind, Frankreich, Italien, Polen oder Deutschland über bestimmte Fragen auch im europäischen Raum souverän entscheiden zu lassen, wird die Offenheit und Integrationsbereitschaft in wichtigen Ländern weiter sinken. Dann drohen mit der allzu starken populistischen Revolte irgendwann Zerfall und die Rückkehr jenes alten, überholten Souveränitätsverständnisses, das wieder zum machtstaatlichen Interessengegensatz mit all seinen geistigen Beschränkungen und Gefahren führt.

Das überstaatliche Regierungssystem unter dem immerwährenden Diktat des komplexen Konsenses bleibt an seine nationalen und regionalen Wurzeln gebunden. Und auch eine erfolgreiche Wirtschaft ist erheblich voraussetzungsvoller als mancher statistisch gut informierte OECD-Wissenschaftler meint. Es ist noch gar nicht so lange her, dass die OECD der Bundesrepublik Deutschland eine Besorgnis erregende Unterakademisierung vorgehalten hat, während Länder wie Spanien viel schönere Zahlen produzierten. Aber welches Maß an Weltfremdheit herrscht in solchen Institutionen, wenn sie wirklich glauben, dass mit Akademisierungsgraden sich zugleich die Chancen auf Zugang zu einem Arbeitsmarkt und für eine wettbewerbsfähige Wirtschaft in Verbindung bringen lassen. Wenn akademische Studiengänge fern von Marktbefürfnissen geschaffen werden und kein Kontakt zwischen Universität und Wirtschaft besteht, wenn ideologisch entschieden wird statt pragmatisch und praktisch nach kluger Differenzierung des Bildungssystems und des Berufsbildungssystems zu fragen, darf man sich über die Entstehung hoher Jugendarbeitslosigkeit nicht wundern. Subsidiarität ist nicht nur ein sozial-

ethisches Prinzip, sondern ein Gebot der Klugheit. Man muss Hinhören und Hinschauen, was vor Ort geschieht, und darf hier nicht immer nur Widerstände und Traditionen sehen, die es zu brechen gilt. Die modernen westlichen Gesellschaften haben durch überstaatliche Kooperation und die Öffnung von Märkten ebenso viel erreicht wie mit ihrem Vertrauen auf die individuelle Schöpferkraft der Menschen und einem pluralistischen Gesellschaftssystem.

Doch sind wir alle nicht davor gefeit, gerade im öffentlichen Diskussionsraum, auf der Bühne der politischen Diskussion die Welt mit einem sozialtechnischen Tunnelblick wahrzunehmen, wo es immerfort um den Erlass neuer Gesetze, sozialstaatliche Leistungsausweitung oder neuerdings auch stärkere polizeiliche Präsenz geht. Die moderne Gesellschaft braucht solche staatlichen Gewährleistungen und Interventionen, aber eben nur maßvoll und begrenzt. Politische Klugheit sagt uns, dass man mit ehrgeizigen politischen Steuerungszielen eine freie Gesellschaft auch überfordern kann, weil Geduld und respektvoller Eigensinn der Menschen angezeigt sind. Es ist eine Schwäche der großartigen Aufklärung, dass sie immer mal wieder dazu neigt, übers Ziel hinaus zu schießen – aus Voltaire darf aber niemals Robespierre werden. Deshalb haben wir in Deutschland gute Erfahrungen mit einer Verfassungsgerichtsbarkeit gemacht, die auch die demokratische Gesetzgebung am Maßstab der Grundrechte misst und dabei immer wieder Fragen des rechten Maßes aufwirft.

V. Wenn sich der immens erfolgreiche freiheitliche Westen nicht selbst gefährden will, muss er nicht nur eine Kultur des richtigen Maßes zurückgewinnen, sondern auch den ideologischen Verführungen entgegentreten, die die Welt mit den Schnellschüssen einer politischen Moral vereinfachen. Die eigentliche Moral kann sich nur entfalten, wenn man die Konsequenzen des Handelns bis zum Ende durchdenkt; nur dann gelingt jene Verantwortungsethik, die für den deutschen Soziologen Max Weber die höchste Form der Rationalität ist.

Ich will versuchen das mit einem politisch umstrittenen Beispiel zu illustrieren. Vor einiger Zeit hat das Bundesverfassungsgericht die geltende Erbschaftsbesteuerung für verfassungswidrig erklärt, weil zu Gunsten des

Betriebsübergangs von Familienunternehmen Ausnahmen gemacht wurden. Diese Ausnahmen waren notwendig, weil die Besteuerung beim Betriebsübergang von einer Generation auf die andere zu Entnahmen aus der Substanz des Betriebes gezwungen und so Arbeitsplätze gefährdet hätte. Nun haben sich die Kontrolle und die Bildung von Kriterien für Ausnahmen als schwierig erwiesen und durch das Bundesverfassungsgericht ist das als undurchsichtiges, gemessen am Gleichheitsgrundsatz nicht hinreichend tragfähiges Konzept beurteilt worden. Der Gesetzgeber saß daraufhin eingezwängt zwischen verschiedenen Stühlen. Einerseits muss er seiner Rechtsbindung und dem Karlsruher Urteil entsprechen. Andererseits wird er beachten müssen, dass Familienunternehmen, kleine und mittlere Betriebe das eigentliche Rückgrat der deutschen Wirtschaft sind und viele ihrer Erfolge in der Breite nur aus ihrer Leistungsfähigkeit zu erklären sind. Im Grunde weiß jeder, dass eine Vermögensteuer und eine Erbschaftssteuer in diesem Bereich eine Substanzgefährdung darstellen, die wir letztlich auf lange Sicht alle zu bezahlen haben.

Aber da ist eben noch ein weiterer Stuhl, der die Politik einklemmt. Dem Publikum muss eine Geste der Gerechtigkeit präsentiert werden, wenn die junge Generation im Erbfall an Vermögen kommt, für das noch keine eigene Leistung erbracht wurde. Wer Eigentum und Erbrecht allerdings institutionell durchdringt, wird schnell bemerken, dass es mit der Gerechtigkeit nicht so einfach ist, wie häufig dargestellt wird. Aus der Perspektive des Erben und von außen betrachtet, scheint es sich um einen Gewinn zu handeln, von dem man der Gemeinschaft gefälligst etwas abgeben soll. Wer allerdings sich selbst in der Rolle des Erblassers sieht, urteilt hier womöglich anders. Denn er oder sie haben ein Leben lang hart für sich und ihre Familie gearbeitet, dabei über Jahrzehnte brav Steuern und Abgaben geleistet, waren oft in ihrer Gemeinde ehrenamtlich tätig und auch als Spender sich nicht zurückhaltend. Dann wird man nicht ganz so gut verstehen, warum die eigene testamentarische Entscheidung, das redlich Erworbene auf seine Kinder zu übertragen, durch den staatlichen Zugriff geschmälert wird - zumal das Grundgesetz die Familie unter besonderen Schutz stellt. Es kommt schon für die Gerechtigkeitsbeurteilung ganz auf die Per-



spektive und die Art der Darstellung an. Noch wichtiger ist aber, dass eine kluge Politik ihre Kraftquellen und Lebensgrundlagen niemals wird gefährden. Wenn das Familienunternehmertum solche günstigen Wirkungen hat, wie eigentlich alle anerkennen, dann muss man den ohnehin keineswegs in der Richtung eindeutigen Gerechtigkeitsimpuls einer politischen Moral begrenzen und die Steuersätze so weit senken, dass es keiner Ausnahmen mehr bedarf. Eine nachhaltig denkende Gesellschaft müsste für solche Argumente eigentlich immer offen sein, ohne dahinter gleich den Lobbyismus von Gewerbetreibenden zu vermuten.

Die europäische und westliche Politik hat insgesamt über ihre Nachhaltigkeitsgrundlagen zu wenig nachgedacht und manchmal auch diplomatisch bestimmte Zusammenhänge solange zugedeckt, bis bestimmte Fakten gar nicht mehr sichtbar waren. Wer nicht postfaktisch unterwegs sein will, der sollte einige Wahrheiten beispielsweise auch über den Zustand der Währungsunion offen aussprechen. Wenn der Internationale Währungsfonds von den Europä-

ern Ehrlichkeit in Bezug auf Griechenland verlangt, weil dieser Staat keine Schuldentragfähigkeit aufweist und deshalb entschuldete werden muss, so sollte auch darüber geredet werden, wie weit der IWF in der Haftung mitgeht und es muss darüber entschieden werden, wie wirksam verhindert werden kann, dass Griechenland sich wieder neu über die Tragfähigkeit hinaus verschuldet. Und es muss auch darüber gesprochen werden, im Fall der Entschuldung, wie die Währungsunion elastisch gemacht werden kann, so dass nicht nur beim Eintritt bestimmte Kriterien erfüllt sein müssen, sondern auch wie die langjährige Missachtung dieser Kriterien zu einem Ausschluss führen kann.

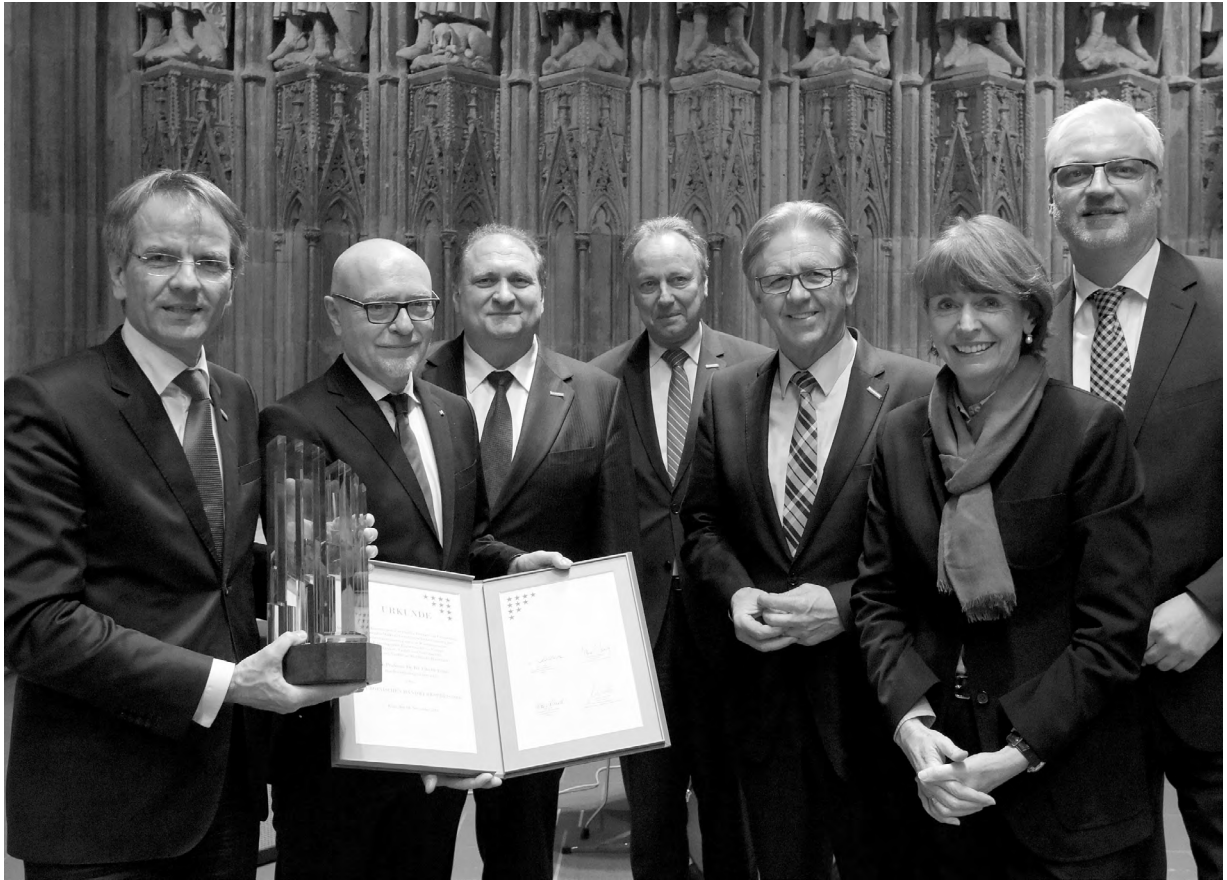
Auch die Regelungen über die Freizügigkeit könnten so angepasst werden, dass sie nur für eine absehbare konkrete Arbeitsaufnahme gelten und nicht als bloße Ansiedlungsfreizügigkeit; auch hier geht es um die Wiederherstellung der ursprünglichen Bedeutung von Grundfreiheiten. Entsprechender und noch dringenderer Reform- und Restitutionsbedarf besteht im europäischen Einwanderungs-, Asyl- und Grenz-

kontrollrecht. Wenn hier nicht pragmatische Stabilitätsgrundlagen zurückgewonnen werden, droht eine Zunahme gefährlicher populistischer Attacken.

VI. Das westliche Gesellschaftssystem funktioniert nur auf der grundlegenden Entscheidung zur freien Entfaltung der Persönlichkeit der Menschen nach ihrer eigenen Regie, in gegenseitiger Achtung, im Vertrauen auf das Prinzip der Eigenverantwortung und der Leistungsgerechtigkeit. Deshalb muss eine nachhaltige Politik immer wieder überlegen, welche Konsequenzen bestimmte sozialpolitische Maßnahmen auf die Kraftquellen der Eigenverantwortung und Leistungsgerechtigkeit haben. Es geht um eine faire Gestaltung unserer Wirtschafts- und Sozialordnung, ohne die Entfaltungspotenziale der Menschen zu beschädigen. Die Leistungsbereitschaft und Motivation eines jeden einzelnen müssen erhöht und nicht bürokratisch erstickt werden. Wir wollen keine verwaltete Gesell-

schaft, wo nur noch der Staat entscheidet, wer welche wirtschaftlichen Chancen und Zuteilungen zu erwarten hat. Das Grundgesetz und die europäischen Verträge schreiben eine offene und soziale Marktwirtschaft vor, aber keine gelenkte Wirtschaft.

Solche Erwägungen sind Teil einer Diskussion über die normativen Grundlagen unserer Gesellschaft. Dass hier ein Defizit entstanden ist im öffentlichen Bewusstsein und in den intellektuellen Diskussionen, sollte nicht Anlass geben für Klagen und Anklagen. Gefragt ist - ganz im westlichen Gestus eines zupackenden Optimismus - nach Vorschlägen, wie verschüttete Gedanken der Gegenseitigkeit und institutionelle Einsichten in die soziale Marktwirtschaft oder den demokratischen Rechtsstaat wieder offen gelegt werden können. Den Europäischen Handwerkspreis sehe ich als Ermunterung, solche Fragen wissenschaftlich und öffentlich zu thematisieren. Dafür Herzlichen Dank!



Ausgewählte Veröffentlichungen in der Schriftenreihe Dialog Handwerk

- 1.2016 Revolutioniert die Digitalisierung das Handwerk? –
Aufstieg durch Bildung und Arbeit – das Handwerk als Ort der Integration
Dokumentation des Dreikönigstreffens am 14. Januar 2016
- 1.2015 Was passiert, wenn der Zins verschwindet? –
Folgen für Mittelstand, Kreditwirtschaft und Altersvorsorge
Vertrauen als Treiber der Finanzpolitik – Perspektiven für Innovation und Mittelstand
Dokumentation des Dreikönigstreffens am 15. Januar 2015
- 1.2014 Wie kann die Energiewende noch gelingen?
Haben wir die Europäische Union überfordert?
Perspektiven der Europäischen Idee
Dokumentation des Dreikönigstreffens am 16. Januar 2014
- 1.2013 Wer regiert uns wirklich – Markt oder Politik?
Dokumentation des Dreikönigstreffens am 17. Januar 2013
- 2.2012 Verleihung des Europäischen Handwerkspreises 2012 an Bundespräsident a.D.
Professor Dr. Roman Herzog
- 1.2012 Europa neu denken – Hat eine freiheitliche Wirtschaftsordnung Zukunft?
Dokumentation zum Dreikönigstreffen am 12. Januar 2012
- 2.2011 Heinz-Dieter Smeets, „Staatsschuldenkrise in Europa –
Ist die Finanzierung der Schuldnerländer alternativlos?“
- 1.2011 „Mehr als Wirtschaft – Handwerk als Lebensform und Wertekosmos?!
Die Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft“
Dokumentation zum Dreikönigstreffen am 13. Januar 2011
- 3.2010 Verleihung des Europäischen Handwerkspreises 2010 an den Vorsitzenden des Rates der
Evangelischen Kirche Präses Nikolaus Schneider
- 2.2010 Hanns-Eberhard Schleyer, Quintessenz: Zwei Jahrzehnte Interessenvertretung für das
deutsche Handwerk im Geflecht von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft
- 1.2010 Handwerk und Mittelstand als Chance
Dokumentation zum Dreikönigstreffen am 14. Januar 2010
- 1.2009 Prinzip Verantwortung – Was hält unsere Gesellschaft zusammen?
Dokumentation zum Dreikönigstreffen am 8. Januar 2009
- 1.2008 Wandel im Parteiensystem – was bedeutet dies für die wirtschaftliche Situation von
Handwerk und Mittelstand? Dokumentation zum Dreikönigstreffen am 10. Januar 2008
- 2.2006 Nur die Freiheit taugt für morgen! Verleihung des Europäischen Handwerkspreises an Dr.
Guido Westerwelle MdB am 23. November 2006 in Köln

Handwerk.NRW
Georg-Schulhoff-Platz 1
40221 Düsseldorf
Telefon 0211 39 68 48
Telefax 0211 93 04 966
www.handwerk.nrw
info@handwerk.nrw